

SOCIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND -SDS- Bundesvorstand

a.o. Bundesvorstandssitzung vom 10. August 1968

EntschlieÙung

Lie Genossen Peter Bubenberger (Köln), Fred Schmid (München), Wanja von Heiseler (Frankfurt), Stephan Voets (Wuppertal) und Andreas Achenbach (München) sind während der IX. Weltjugendfestspiele in Sofia wiederholt als Sprecher einer "SDS-Delegation" gegen Initiativen des SDS aufgetreten, obwohl der Bundesvorsitzende sie darauf hingewiesen hatte, daß ein derartiger politischer Anspruch angesichts der Auffassungen der Mehrheit der in Sofia anwesenden Genossen wie auch der Zufälligkeit der politischen Zusammensetzung der SDS-Teilnehmer absurd erscheinen müsse und daß ihre politischen Positionen sich inhaltlich gegen den SDS richteten.

Sie haben insbesondere öffentlich wiederholt die Initiative des SDS zu einer Demonstration vor der US-Botschaft als spalterisch diffamiert und die handgreiflichen Aktionen gegen diese Demonstranten für notwendig erklärt und ausdrücklich begrüßt. Sie haben sich an den Aufmärschen der GDAJ und "spontaner bulgarischer Arbeiter" vor der US-Botschaft beteiligt, obwohl diese Aufmärsche mit Bracchialgewalt das vom SDS einberufene sit-in auflösen sollten. Sie haben während der anschließenden Diskussion im Arbeitskreis Festival über diese Demonstration zwar bei einer Abstimmung über den Ausschluß des SDS-Bundesvorsitzenden aus dem Teilnehmerkreis sich der Stimme enthalten, jedoch in Diskussionsbeiträgen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hielten.

Sie haben in Foren und Kolloquien des Festivals mehrfach erklärt, sich vom SDS-Bundesvorstand nicht repräsentiert zu fühlen, Wanja von Heiseler erklärte dies sogar unmittelbar nach dem Faschismus-Voewurf gegen den SDS-Bundesvorsitzenden durch einen bulgarischen Delegierten.

Sie haben beschlossen, sich an einem Empfang der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR zu beteiligen, obwohl sie wußten, daß der SDS-Bundesvorsitzende als einziger Teilnehmer aus der BRD "ausgeladen" worden war. Sie haben nach dem tätlichen Angriff durch bulgarische Polizei in Zivil auf Besucher der chinesischen Botschaft die Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden, demonstrativ der Botschaft einen Besuch machen zu wollen mit einem Flugblatt der "SDS-Delegation" beantwortet, in dem diese Initiative als "billige Provokation" mit der "objektiven" Wirkung eines "Antifestivals" apostrophiert wurde.

Die Situation des IX. Festivals war geprägt von latenten politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Weltbewegung. Eine rationale Diskussion um diese Differenzen wurde jedoch durch die Festivaladministration zu verhindern versucht. Manipulation von Rednerlisten,

Behinderung der Delegation unserer Genossen der Conföderation Iranischer Studenten CISNU, Nichtzulassung der UNEF und Beschlagnahme von CSSR-Material bei ungehinderter Verteilung von regierungsfreundlicher BRD-Propaganda beschrieben die Öffnung des Festivals nach rechts bei der Einengung schon der Diskussion unter Sozialisten. Die Genossen Bubenberger, Schmid, Heiseler, Voets, Achenbach haben nicht nur in wesentlichen Fragen (beispielsweise der Kritik an Aspekten der sowjetischen Koexistenzpolitik) mit dem politischen Anspruch einer "SDS-Delegation" mit der Linie des SDS nicht übereinstimmende Auffassungen vertreten, sondern bei ihrer Identifizierung mit der Festivaladministration sogar Bruchialgewalt und Polizeieinsatz in Kauf genommen. Der Bundesvorstand des SDS stellt deshalb gegen die Genossen Bubenberger, Schmid, Heiseler, Voets, Achenbach Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Der Bundesvorstand hat sie gemäß §13 a der Bundesausschlußordnung mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert.

Der Bundesvorstand ist sich bei dieser Entscheidung darüber klar, daß in der antiautoritären Phase des Verbandes derartige organisatorische Maßnahmen der besonderen Begründung bedürfen; das schon, weil von vornherein nicht der Eindruck entstehen darf, als werde in sozialdemokratischer Manier mit mißliebigen Meinungen im SDS "abgerechnet". Wir sind aber der Auffassung, daß der Bundesvorstand auf eine nicht bloß politische sondern auch handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS nicht passiv reagieren kann. Das selbstverständliche Recht auf unterschiedliche theoretische Ansätze und Differenzen um Taktik und Strategie kann in einem vielschichtigen Verband wie dem SDS nicht als Möglichkeit zum je möglichen Kampf gegeneinander mißverstanden werden. Den SDS bloß noch als gemeinsame organisatorische Hülle mit gemeinsamen Abziehmuscheln zu begreifen, vernachlässigt den grundlegenden Anspruch sozialistischer Organisation. Der Bundesvorstand hält eine schnelle politische Antwort für erforderlich, gerade um rationalen Argumenten im SDS wieder ihren gebührenden Platz einzuräumen. Eine Suspendierung bedeutet keinen Ausschluß aus dem Verband; der Bundesvorstand beansprucht nicht, sich zum Tribunal für "Wohlverhalten" der Genossen aufzuschwingen. Die Suspendierung beschreibt die Dringlichkeit zur Klärung der politischen Situation, wie sie der Bundesvorstand anstrebt und in die Gruppendiskussion tragen möchte. Der Bundesvorstand bedauert - gerade weil er eine politisch-organisatorische und nicht eine juristische Entscheidung zu fällen hatte - daß der Genosse Herbert Lederer der BV-Sitzung nicht bis zum Schluß beigewohnt hat und in eine inhaltliche Diskussion nicht treten wollen, weil die Betroffenen bis auf Wanja von Heiseler nicht anwesend seien.